



Protokoll

3. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Arbeit und Soziales

Sitzungstermin:	Dienstag, 24.05.2022
Raum, Ort:	Mensa des Schulzentrum Ilsede, Am Schulzentrum 35, 31241 Ilsede
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	20:15 Uhr

Anwesende:

Vorsitz

Herr Hartmut Marotz

Mitglieder

Herr Julius Nießen

Herr Maik Burgdorf

Herr Thomas Kirchmann

Frau Miriam Riedel-Kielhorn

Vertretung für: Herrn Matthias Möhle

Frau Antje Schulz

Herr Georg Raabe

Vertretung für: Herrn Christoph Plett

Herr Christian Falk

Frau Claudia Wilke

Herr Jan Wouter van Leeuwen

Grundmandat

Herr Niwes Huy

Vertretung für: Herrn Andreas Tute

Frau Birgit Reimers

Bürgervertretung

Frau Eva Schlaugat

Frau Mandy Bargholz

Herr Tobias Flath

Herr Christoph Hauschke

Sonstige Mitglieder

Frau Angela Denecke

Herr Horst Kunz

Herr Jürgen Rump

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 22.03.2022
- 4 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
- 5 Pflegebericht des LK Peine
- 6 Kindergesundheitsbericht 2021/2022
- 7 Weitere Umsetzung der Istanbul-Konvention im Landkreis Peine
- 8 Bericht aus der Hebammenzentrale
- 9 Informationen der Verwaltung
- 10 Anfragen und Anregungen

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Kreistagsabgeordneter Marotz (im Folgenden werden männliche und weibliche Kreistagsabgeordnete als KTA bezeichnet), eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, die Zuhörer/innen sowie die Vertreter/innen der Verwaltung.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Vorsitzende KTA Marotz stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

KTA Riedel-Kielhorn regt an, den Tagesordnungspunkt 7 „Weitere Umsetzung der Istanbul-Konvention im Landkreis Peine“ auf die nächste Sitzung zu verschieben, da dieser Punkt auch das Peiner Frauenhaus betreffe und von dort niemand anwesend sei.

Die Gleichstellungsbeauftragte Frau Tödter widerspricht unter Hinweis auf die bereits mehrmals erfolgte Verschiebung dieses Themas. Sie habe damit in diesem Ausschuss begonnen und wolle es daher auch in diesem Ausschuss beenden. Eine nochmalige Verschiebung sei für sie nicht akzeptabel.

KTA Riedel-Kielhorn hält die Argumentation der Gleichstellungsbeauftragten für annehmbar und zieht ihren Antrag zurück. Der Vorsitzende KTA Marotz stellt daraufhin die Tagesordnung in der Fassung der Einladung fest.

3. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 22.03.2022

Die Niederschrift über die 2. Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Arbeit und Soziales vom 22.03.2022 wird ohne Änderungs- und/oder Ergänzungswünsche mit 8 Ja-Stimmen bei 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen genehmigt.

4 . Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Die anwesenden Einwohner/innen richten keine Fragen an den Ausschuss.

5 . Pflegebericht des LK Peine Vorlage: 2022/080

Frau Bode stellt zunächst die (vor-)pflegerische Versorgung dar. Anschließend skizziert sie die Versorgung im Landkreis Peine. Hierzu benennt sie zunächst die Anzahl der Anbieter in den Bereichen der ambulanten und der stationären Pflege, bevor sie auf deren Auslastung eingeht. Eine Betrachtung der Heimkosten sowie ein Hinweis auf die in Planung befindlichen Einrichtungen rundet diesen Themenkomplex ab. Anschließend stellt sie die Hospiz- und Palliativversorgung dar. Schließlich leitet sie auf die Nachbarschafts- und Generationenhilfe über. Abschließend stellt sie die sinkende demografische Entwicklung und die steigende Pflegebedürftigkeit aufgrund der alternden Gesellschaft ebenso dar wie die Pendlerströme der in der Pflege tätigen Arbeitnehmer/innen und deren Verweildauer im Beruf. Für den Bereich des Landkreises Peine würde sich daraus eine problematische Lage ergeben.

Bürgervertreterin (im Folgenden werden männliche und weibliche Bürgervertreter als BV bezeichnet) Schlaugat wirft die Frage auf, warum Pflegepersonal aus dem Landkreis Peine in umliegende Kommunen auspendele.

Frau Bode beantwortet dies zum einen mit einem Hinweis auf die speziellen Qualifikationen der Arbeitnehmer/innen sowie andererseits den niedrigen Gehältern im Landkreis Peine. Es sei bekannt, dass die Gehälter im Landkreis Peine die niedrigsten in Niedersachsen seien.

KTA Kirchmann fragt nach den Gründen der Einpendler in den Landkreis Peine.

Frau Bode erwidert, dass darüber nichts bekannt sei. Die Erhebungen werden üblicherweise von großen Instituten vorgenommen, die auch Antworten bekommen würden, wohingegen Anfragen des Landkreises Peine zur hiesigen Situation üblicherweise unbeantwortet blieben. Sie könne aber nachsehen, ob sie entsprechende Hinweise finden könne. (Anmerkung von Frau Bode: Im Landespflegebericht ist dazu nicht viel vermerkt, lediglich das es sich die Waage halte. Für den Landkreis Peine wurde bei der Braunschweiger Regionalkonferenz eher auf die Auspendler verwiesen. Beide Berichte sind im Internet unter https://www.ms.niedersachsen.de/startseite/gesundheit_pflege/pflege/landespflegebericht-2020-uebersicht-ueber-die-derzeitige-pflegerische-versorgungssituation-in-niedersachsen-201790.html einsehbar.)

KTA Riedel-Kielhorn verweist auf die demografische Entwicklung und fragt an, was man tun könne.

Frau Bode unterstreicht zunächst, dass die Betreiber von Pflegeeinrichtungen ihren Sitz oftmals weit entfernt vom Landkreis Peine haben, da es sich nicht selten um Ketten von Pflegeeinrichtungen handele. Zudem sei es schwierig, Pflegeangebote für beispielsweise 50-jährige Personen zu finden. Auch sei der Personalschlüssel schwierig, da oftmals nicht genügend Personal vorhanden sei.

Der Vorsitzende, KTA Marotz, ergänzt, dass man auch die Lebensplanung der Beschäftigten in Pflegeberufen nicht außer Acht lassen dürfe. Diese ändere sich bisweilen und könne zum Berufsausstieg führen.

KTA Reimers vermutet, dass die fehlenden Zahlen zur Pflege von jüngeren Menschen nicht verwundern, da dieser Personenkreis üblicherweise von den Eltern gepflegt werde. Sie fragt an, wie man dennoch an die Zahlen herankommen könne. Des Weiteren erklärt sie, dass sich ein Ethiknetzwerk gegründet habe und wünscht zu wissen, wie dieses erreichbar sei. Zudem wäre es wichtig zu wissen, ob sich dieses Ethiknetzwerk auf die Palliativ – oder die Krankenpflege beziehe.

Frau Bode stellt zunächst klar, dass sich das Ethiknetzwerk auf die Palliativpflege beziehe. Bezüglich der Zahlen zur Pflege von jungen Menschen gibt sie zu bedenken, dass sich das Vorhalten eines solchen Angebotes wohl nicht lohnen würde, da es anderenfalls mit Sicherheit entsprechende Angebote und Zahlen geben würde. Das fehlende Angebot erschwere die Datenerhebung.

KTA Reimers hält dem entgegen, dass andere Kommunen entsprechende Zahlen haben. Es sei interessant zu erfahren, wie man dort an die Zahlen gekommen sei.

Frau Bode erklärt, dass sie hierzu recherchieren werde.

BV Schlaugat greift den Punkt schlechte Bezahlung im Landkreis Peine auf und vermutet, dass das möglich sei, da die Pflege ein Frauenberuf mit nur wenigen männlichen Pflegern sei. Sie regt als Handlungsempfehlung eine Erhöhung des Mindestlohns an, zumal gerade die Auspendler auch unter der Benzinpreissteigerung leiden würden. Die hohen Kosten könnten den Berufsausstieg attraktiv erscheinen lassen. Sie begehrt zu wissen, wie konkret von wem bis wann entsprechende Empfehlungen umgesetzt werden können.

Frau Bode entgegnet, dass der Landkreis Peine nicht alles ändern könne, da es sich um ein Bundesgesetz handle. Im Rahmen des Pfluges werde aber nach Lösungen gesucht und die Vorschläge diskutiert.

BV Schlaugat schlägt vor, dass innerhalb der Fraktionen diskutiert werden solle, wie man die bestehende Situation verbessern könne.

KTA Kirchmann wünscht Auskünfte zur Zusammenarbeit zwischen dem Landkreis Peine und den Heimen. Des Weiteren fragt er an, ob es für neue Pflegeeinrichtungen Rahmenbedingungen gebe, die sie zu beachten hätten. Die Pflege sei für ihn ein gelenkter Prozess, so dass hier wichtige Mechanismen bestehen könnten.

Frau Bode antwortet, dass es im Bereich der ambulanten Pflegedienste keinen Zusammenschluss gebe. Im stationären Bereich habe es einen solchen Zusammenschluss gegeben, der sich aber im Jahre 2019 aufgelöst habe. Oft verstehen sich die Einrichtungen als Konkurrenz. Bezüglich der Frage nach den Rahmenbedingungen erklärt sie, dass der Landkreis erst dann involviert sei, wenn in Sachen Heimbetrieb alles gegeben sei. Der Landkreis könne zwar in Sachen wie beispielsweise dem Brandschutz tätig werden, aber ansonsten einen Heimbetrieb nicht verweigern.

Dezernatsleiterin (im Folgenden als DL bezeichnet) Prof. Dr. Friedrich ergänzt, dass es wegen der Versorgungslage einen kleinen Krisenstab zur Pflege gebe, in dem auch die Pflegeausbildung thematisiert werde.

KTA Reimers stellt fest, dass Pflegeeinrichtungen Wirtschaftsunternehmen seien und der Landkreis Peine wenig Möglichkeiten der Einflussnahme habe. Sie fragt an, ob der Landkreis den Betrieb einer eigenen Einrichtung in Erwägung gezogen habe.

Fachdienstleiter (im Folgenden werden männliche und weibliche Fachdienstleitungen als FDL bezeichnet) Sommer erklärt, dass der Landkreis in früheren Jahren ein Alten- und Pflegeheim in der Sundernstraße betrieben habe, das dann aufgegeben und in eine private Einrichtung umgewandelt worden sei.

KTA Raabe weist darauf hin, dass einerseits nicht alle Plätze in den bestehenden Einrichtungen belegt seien, aber neue Einrichtungen geplant werden, obwohl es kein Personal für den Betrieb gebe. Dies sei in seinen Augen ein Widerspruch.

Frau Bode konstatiert, dass oft auf eine neue Einrichtung die Insolvenz einer bestehenden Einrichtung folge.

BV Schlaugat erklärt, dass es im Landkreis Peine nicht nur private Einrichtungen gebe, sondern auch Angebote in der Trägerschaft der freien Wohlfahrtspflege, die statt eines Profits die ‚Schwarze Null‘ zum Ziel hätten.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt der Vorsitzende KTA Marotz fest, dass der Ausschuss umfassend informiert worden sei und schließt diesen Tagesordnungspunkt.

6 . Kindergesundheitsbericht 2021/2022 Vorlage: 2022/081

Dr. Meltzow und Dr. Kiessling-Klamka stellen zunächst die Aufgaben des Kinder- und Jugendärztlichen Dienstes vor. Anschließend erläutern sie die Rahmenbedingungen, unter denen die Untersuchungen stattfinden. Sie erläutern anhand ausgewählter Beispiele die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen in den Jahren vor der Corona-Krise und anschließend die Untersuchungen sowie die dabei aufgetretenen Schwierigkeiten unter Pandemie-Bedingungen. Durch den wiederholten Vergleich mit den Ergebnissen aus der Vor-Corona-Zeit werden die Schwierigkeiten und die eingeschränkte Aussagekraft der letzten Untersuchungsergebnisse deutlich. Als Fazit wird festgestellt, dass die bereits früher aufgedeckten Defizite und Problemstellungen noch immer bestehen und sich unter den Bedingungen der Corona-Krise deutlich verstärkt haben. Dr. Meltzow und Dr. Kiessling-Klamka hoffen jedoch auf eine Rückkehr zur Normalität, die eine Rückkehr zu vollständigen Untersuchungen bei allen Kindern bedeuten würde.

KTA Reimers fragt an, ob bei der Erhebung der Zahlen in den Jahrgangsstufen der Förderbedarf ermittelt werden könne.

Dr. Kiessling-Klamka erklärt, dass Förderbedarf und sonderpädagogischer Bedarf sogenannte Feststellungsbedarfe seien. Begrüßenswert wäre ein/e Mitarbeiter/in in der Klasse oder eventuell der Kleingruppe, die beispielsweise ein Kind in eine Auszeit begleiten könnte.

KTA Reimers ergänzt, dass eine Klassenassistentin sinnvoll wäre. Sie regt eine Erhebung bei den Schulen an, ob dort so etwas für nötig gehalten werde.

Dr. Kiessling-Klamka erklärt, dass das für Integrationsbegleiter/innen möglich sei, aber für darüberhinausgehende Erhebungen werde die Kompetenz des Fachdienstes Gesundheitsamt nicht anerkannt.

KTA Kirchmann wünscht zu wissen, ob man die Untersuchung für vierjährige Kinder verpflichtend machen könne.

Der Vorsitzende KTA Marotz entgegnet, dass die Untersuchung freiwillig sei, aber nicht verpflichtend. Für eine Änderung dieses Zustandes sei der Gesetzgeber zuständig, der Landkreis Peine könne diese Regelung nicht ändern.

FDL Zilling legt dar, dass eine Schulassistentin durchaus eine Lösung sei, aber viel wichtiger sei aus seiner Sicht die Prävention. Würde man bereits vorher hinschauen, könnte man viele Probleme vermeiden oder Problemstellungen kleiner halten.

BV Bargholz führt aus, dass die Vierjährigen-Untersuchung ein Pilotprojekt sei. Sie fragt an, ob es eine Rücklaufquote gebe und man einschätzen könne, wie die Untersuchung angenommen werde.

Dr. Kiessling-Klamka antwortet, dass man das Projekt bei den Trägern bekanntgemacht habe und viele daran teilnehmen würden.

KTA Riedel-Kielhorn tut kund, dass sie die Vierjährigen-Untersuchung für sehr gut befinde. Es wäre sinnvoll, wenn alle Kinder erreicht werden würden. Problematisch dürfte es bei den Kindern sein, die keine Kindertagesstätte (Kita) besuchen. Sie fragt an, wie man diesen Kindern die Reihenuntersuchung angedeihen lassen könne. Hinsichtlich der deutschen Sprachkenntnisse wünscht sie zu wissen, ob man mit der Förderung früher beginnen könne. Zudem

regt sie an, dass der Kindergesundheitsbericht zukünftig vorab versandt werden möge. Der aktuelle Bericht sollte mit dem des Jahres 2019 nachgesandt werden. Anschließend stimmt sie FDL Zilling und der von ihm geäußerten Aussage zur Bedeutung der Prävention bei Einzelfallhelfer/innen seien zwar in der Grundschule sinnvoll, aber man müsse die Kinder für das Leben fit machen und könne ihnen nicht in allen Lebensabschnitten Helfer/innen zur Seite stellen.

BV Schlaugat unterstützt den Vorschlag von KTA Riedel-Kielhorn zum Vorabversand des Kindergesundheitsberichts. Hinsichtlich der Vierjährigen-Untersuchung stellt sie fest, dass diese auf den Weg gebracht sei. Nun müsse man abwarten und schauen, was gebraucht werde. Danach müsse die Politik diskutieren, wie sie helfen könne.

Dr. Meltzow merkt an, dass durch Personalausfälle der angestrebte hohe Grad an Erreichbarkeit konterkariert werde. Zudem müsse man bedenken, dass angesichts der Bezahlung einer Tätigkeit als Arzt im Gesundheitsamt im Vergleich zu anderen Tätigkeitsfeldern nicht lukrativ sei, was die Personalsuche erschwere.

Dr. Kiessling-Klamka weist darauf hin, dass alle Kindergesundheitsberichte auf der Internetseite des Landkreises Peine verfügbar seien.

FDL Zilling fügt an, dass es alleine mit der Vierjährigen-Untersuchung nicht getan sei, da auch begleitende Unterstützungsangebote wichtig seien.

KTA van Leeuwen schlägt vor, die Vierjährigen-Untersuchung mit den U-Untersuchungen zu koppeln, da diese verpflichtend seien.

Dr. Kiessling-Klamka widerspricht, da die U-Untersuchungen nicht verpflichtend seien.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt der Vorsitzende KTA Marotz fest, dass der Ausschuss umfassend informiert worden sei und schließt diesen Tagesordnungspunkt.

7. Weitere Umsetzung der Istanbul-Konvention im Landkreis Peine **Vorlage: 2022/064**

Die Gleichstellungsbeauftragte, Frau Tödter, erläutert kurz die Intention der Istanbul-Konvention. Anschließend weist sie auf die Informationsvorlage hin, in der die bisherige Umsetzung im Landkreis Peine skizziert wird. Sie unterstreicht die Bedeutung der Konvention mit einigen Fakten, beispielsweise, dass dreißig Prozent der von Frauen erlebten Gewalt durch den Partner erfolgt, zudem werde jeden dritten Tag eine Frau getötet (Daten des Bundeskriminalamtes (BKA)). Vor diesem Hintergrund gehe es bei der Istanbul-Konvention um Prävention und um die Veränderung von bestehenden Gewaltstrukturen, damit Gewalt gegen Frauen verhindert werden könne. Sie betont die Pflicht zum Handeln. Dabei betont die Gleichstellungsbeauftragte, Frau Tödter, dass es zu ihrer Aufgabe gehöre, entsprechende Themen anzusprechen und Konzepte sowie Maßnahmen zu initiieren. Die weitere Umsetzung der Istanbul-Konvention in Bezug auf eine bessere Ausstattung von Schutzeinrichtungen wie das Frauenhaus übergibt sie dem Dezernat 3. Als weitere Themen der Istanbul-Konvention, die bereits seitens des Landkreises Peine aufgegriffen worden sind, benennt sie u.a. das Thema „Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz“. Es gebe einen erweiterten Handlungsbedarf in der Kreisverwaltung, denn in den letzten drei Jahren wurden drei Fälle von sexueller Belästigung durch Kunden bekannt, die von den jeweiligen Führungskräften gemeldet worden seien. Im Anschluss zählt sie die wichtigsten Artikel in der Konvention auf und benennt deren Inhalte, die zum Beispiel Bereiche wie Prävention, Qualifizierung von Fachkräften und die Einrichtung einer Koordinierungsstelle betreffen. Schließlich geht sie auf bestimmte Artikel etwas näher ein, beispielsweise auf Artikel 1, der Definitionen beinhaltet. Abschließend weist sie auf geschlechtsspezifische Gewaltschutzkonzepte in den Bereichen Schule und Prävention hin. Dabei erwähnt sie ein besonderes Konzept der Stadt München. In diesem Zusammenhang weist sie auf eine Maßnahme dieses Konzepts besonders hin, nämlich auf ein umfangreiches Handbuch für Lehrkräfte zum Umgang mit Grenzverletzungen und Alltagsgewalt gegen Mädchen in der Schule unter dem Namen „War doch nur Spaß“. Schließlich plädiert sie für die Einrichtung einer zentralen Koordinierungsstelle, um beispielsweise eine Verbesse-

rung von Netzwerken zu erreichen sowie die Krisenintervention zu verbessern. Bislang habe der Landkreis Peine keine solche Stelle, die angesichts der thematischen Nähe dem Dezernat 3 angeschlossen werden sollte. Angesichts der enormen Bandbreite müsse der Landkreis Peine Schwerpunkte setzen.

KTA Reimers erklärt, dass die Gewalt gegen Frauen und Kinder beseitigt werden müsse. Aus ihrer Sicht komme der Gewaltprävention eine wichtige Funktion zu, ebenso den Frauenhäusern.

BV Schlaugat betont die Bedeutung dieses Themas, das in der Fraktion intensiv beraten werde. Letztlich gehe es um die Wahrnehmung der Frauen.

BV Hauschke wendet ein, dass viele Inhalte der Istanbul-Konvention vom Landkreis Peine nicht geleistet werden könnten, beispielsweise die Gestaltung der Richtlinien für Richter. Darüber hinaus gebe es bei vielen Inhalten auch keine Verpflichtung einer Umsetzung. Man könne sich also nur auf einige wenige Punkte beziehen und handeln.

Die Gleichstellungsbeauftragte Frau Tödter erwidert, dass sie sich in ihrem Vortrag auch nur auf entsprechende Passagen bezogen und dabei Umsetzungsvorschläge gemacht habe. Es bleibe der Politik überlassen, welchen Themen sie sich intensiver widmen wolle.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt der Vorsitzende KTA Marotz fest, dass der Ausschuss umfassend informiert worden sei und schließt diesen Tagesordnungspunkt.

8 . Bericht aus der Hebammenzentrale **Vorlage: 2022/084**

Angesichts der bereits weit fortgeschrittenen Zeit regt Frau Zwirner eine Verlegung dieses Tagesordnungspunktes auf die nächste Sitzung an. Der Vorschlag wird kontrovers diskutiert.

BV Schlaugat bittet darum, dass zukünftige Sitzungen kürzer gehalten werden. Die Ausschussmitglieder seien ehrenamtlich tätig und würden im Gegensatz zu den Vertretern und Vertreterinnen der Verwaltung nicht bezahlt werden. Zudem hätten sie bereits einen Arbeitstag hinter sich, sodass eine lange Sitzung sehr anstrengend sei.

KTA Wilke wirft die Frage auf, ob es bei diesem Tagesordnungspunkt um reine Informationen gehen würde oder ob ein Beschluss gefasst werden müsse.

DL Prof. Dr. Friedrich antwortet, dass es um eine reine Information gehe würde.

Am Ende der Diskussion lässt der Vorsitzende KTA Marotz darüber abstimmen, ob dieser Tagesordnungspunkt in die nächste Sitzung verschoben werden solle. Mit 10 Ja-Stimmen bei 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen wird der Verschiebung zugestimmt.

9 . Informationen der Verwaltung

DL Prof. Dr. Friedrich gibt bekannt, dass anderntags bezüglich der Förderung einer Sozialarbeiterstelle bei der Caritas die Entscheidung fallen werde.

10 . Anfragen und Anregungen

Der Vorsitzende KTA Marotz verabschiedet FDL Sommer, der wegen seines bevorstehenden Ruhestandes letztmalig an einer Ausschusssitzung teilgenommen hat. DL Prof. Dr. Friedrich und die Stellvertretende FDL Geyer überreichen ein Präsent.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende KTA Marotz diesen Tagesordnungspunkt und um 20:15 Uhr die Sitzung.

Ausschussvorsitz

Kreisrätin für Soziales

Protokollführung